

Wilfried Nippel

Die antike Stadt in Max Webers Herrschaftssoziologie

Hier soll die Frage behandelt werden, wie Weber die Herrschaftsstruktur innerhalb der antiken Städte kennzeichnet und wie sich seine inhaltlichen Ausführungen zu seinen generellen Typologien im Kontext der Herrschaftssoziologie verhalten. Die folgenden Bemerkungen beziehen sich nur auf die griechisch-römische Antike unter Ausschluß des Alten Orients (der in Webers Darlegungen breiten Raum einnimmt); innerhalb dieses Rahmens werden von Weber ausführlich nur die griechischen Poleis der archaischen und klassischen Zeit sowie die römische Republik behandelt, die das Kriterium von Autonomie und Autokephalie des Verbandes erfüllen; die anders gelagerten Verhältnisse in den Städten der hellenistischen Reiche und im römischen Kaiserreich kommen bei ihm nur am Rande vor. Textgrundlage sind einerseits Webers Abhandlung »Die Stadt«, die posthum zunächst als Aufsatz veröffentlicht und später in »Wirtschaft und Gesellschaft« integriert worden ist,¹ andererseits die verschiedenen Fassungen der Herrschaftssoziologie in »Wirtschaft und Gesellschaft« bzw. in dem Aufsatz über die »drei reinen Typen der legitimen Herrschaft«; hinzu kommen einschlägige Bemerkungen in »Politik als Beruf« und den politischen Gelegenheitsschriften.

Die Abhandlung über die »Stadt« kann als Ganze nicht als Teil der Herrschaftssoziologie gelten. Die gegenteilige Annahme geht bekanntlich auf die ominöse Kapitelüberschrift »Die nichtlegitime Herrschaft. Typologie der Städte« zurück, die sich in Webers »Einteilung« zum »Grundriß der Sozialökonomik« von 1914 findet, und die Johannes Winckelmann später (seit der 4. Auflage 1956) veranlaßt hat, den Text der »Stadt« der Herrschaftssoziologie von »Wirtschaft und Gesellschaft« zuzuordnen.² Inhaltlich läßt sich dieser (unvollendete) Text, der eine Vielzahl von Webers Fragestellungen nach der Einzigartigkeit des politisch verfaßten okzidentalen Bürgertums im universalhistorischen Vergleich bündelt, gewiß nicht so verstehen, daß die Ausführungen zur Stadtgemeinde insgesamt dem Thema der »nichtlegitimen Herrschaft« gelten.

Immerhin gibt es einige Phänomene, die Weber zwar nicht als »nichtlegitim«, wohl aber als »illegitim« bezeichnet. Der Schwerpunkt liegt auf Beobachtungen zur Verfassungsentwicklung der Städte, besonders der italieni-

¹ Wilfried Nippel, Editorischer Bericht, *MWG I/22–5*, S. 45 ff.

² Nippel, Editorischer Bericht, *MWG I/22–5*, S. 46 und 52, Anm. 36.

schen, im Mittelalter. Die Kommunebildung verdankt sich der *coniuratio*, der auf wechselseitigem promissorischem Eid beruhenden Verbrüderung der Bürger, die einen usurpatorischen Akt darstellt, da sie sich, jedenfalls formalrechtlich gesehen, gegen bestehende legitime Gewalten gerichtet habe.³ In bezug auf die spätere Konstituierung des *popolo* in den italienischen Städten – gegen die aus der ursprünglichen *coniuratio* hervorgegangene Honorationenherrschaft – spricht Weber davon, es habe sich um den »erste[n] ganz bewußt illegitime[n] und revolutionäre[n] politischen Verband« gehandelt. Die bewußte Illegitimität liegt hier darin, daß mit der Konstituierung einer »politische[n] Sondergemeinde innerhalb der Kommune, mit eigenen Beamten, eigenen Finanzen und eigener Militärverfassung [...] im eigentlichsten Wortsinne ein Staat im Staate« gegründet worden sei.⁴ Als ursprünglich illegitime Herrschaft betrachtet Weber auch diejenige der Signori, die erst mit der Umwandlung in erbliche Fürstentümer »in den Kreis der legitimen Gewalten« eingetreten sei.⁵ Er vergleicht die italienischen Stadtfürsten wiederholt mit den antiken Tyrannen als »spezifisch illegitimen Herren«,⁶ vor allem deshalb, weil sich das Muster ähnelt, daß sich eine Alleinherrschaft auf die Unterstützung breiterer Schichten der Bevölkerung stützen kann.⁷

Es entspricht dem gesamten Duktus des vorliegenden Textes der »Stadt«, daß die Ausführungen zum Mittelalter mehr Raum einnehmen als diejenigen zur Antike, und daß der Vergleich zwischen diesen beiden Epochen der europäischen Geschichte jeweils vom Mittelalter ausgeht. So auch hier: die antiken Äquivalente zu illegitimer Herrschaft – Weber nennt die Sonderverbandsbildungen des spartanischen Demos und der römischen Plebs sowie die Tyrannis – werden nur knapp in diesem Sinne angeführt. Über diesen Vergleichsrahmen hinaus geht noch eine Bemerkung über ein illegitimes Element innerhalb der athenischen Demokratie. Auf Einzelheiten komme ich noch zurück.

Hier geht es zunächst nur um zwei Feststellungen: Erstens: der Text »Die Stadt« kann nicht als Ganzes der Herrschaftssoziologie zugerechnet werden. Zweitens: die herrschaftssoziologisch besonders relevanten Passagen in diesem Text gelten dem Phänomen illegitimer Herrschaft. Ob diese grundsätzlich einen sinnvollen Platz innerhalb der Weberschen Kategorien haben kann und ob er daran später noch festgehalten hätte,⁸ lasse ich offen. Hier hat We-

³ MWG I/22–5, S. 124ff.

⁴ MWG I/22–5, S. 200.

⁵ MWG I/22–5, S. 230.

⁶ MWG I/22–5, S. 224.

⁷ MWG I/22–5, S. 208, 222, 226, 230.

⁸ Nachweise der Literatur zu dieser Frage bei Wilfried Nippel, Einleitung, MWG I/22–5, S. 26f. – Für die Vereinbarkeit mit der Herrschaftssoziologie plädiert jüngst: Stefan Breuer, Nichtlegitime Herrschaft, in: Hinnerk Bruhns, Wilfried Nippel (Hgg.), *Max Weber und die Stadt im Kulturvergleich*, Göttingen 2000, S. 63–76.

ber jedenfalls davon gesprochen, wobei er sich augenscheinlich im Kontext herkömmlicher Vorstellungen von staatsrechtlicher Legitimität bewegt, also noch nicht mit einer eigenen, anspruchsvollen Theorie über die Anerkennungsgründe politischer Herrschaftsformen operiert.

In der Sache geht es vorrangig um die mittelalterliche, speziell italienische Verfassungsgeschichte, was sich auch daraus erklärt, daß im Mittelalter die Bildung einer Stadtgemeinde gegen existierende übergeordnete Herrschaftsgewalten erfolgte. In der Antike stellte sich das Problem so nicht. Der Zusammenbruch der mykenischen Kultur, die auf einem Königtum mit patrimonialbürokratischer Administration beruht hatte, insofern durch quasi-orientalische Strukturen geprägt gewesen war,⁹ hatte ein Machtvakuum hinterlassen. In den nach mehreren Jahrhunderten bei Homer erkennbaren Frühformen kleinräumiger politischer Organisation ist der König nur ein *primus inter pares*, der auf die Kooperation einer Kriegeraristokratie angewiesen ist,¹⁰ eines Adels, der auch verhindern kann, daß der König durch Monopolisierung von Handelsgewinnen und Grundrenten sich die Möglichkeiten zum Aufbau eines von ihm abhängigen Machtapparats verschaffen kann.¹¹ Die typische Entwicklung ist die »Umbildung der Gewalt einerseits des Stadtkönigs, andererseits der Sippenältesten zu einer Honoratiorenherrschaft der voll wehrhaften »Geschlechter«.¹² Gemeint ist einerseits die Ablösung des Königtums durch die sukzessive Herausbildung von Jahresmagistraturen,¹³ andererseits die Ersetzung eines Rates der nicht mehr wehrfähigen Alten im physischen Sinne durch einen Rat der Honoratiorengeschlechter, gebildet aus den Häuptionern der Geschlechter bzw. aus den ehemaligen Magistraten, für den dann die mögliche Bezeichnung als Ältestenrat nur noch übertragene Bedeutung hat.¹⁴ Ein weiteres grundlegendes Element ist für Weber schließlich das Fehlen eines starken Priestertums; Priester sind im wesentlichen für den Vollzug von Kulthandlungen zuständig, die offiziellen Kulte unterliegen aber der Kontrolle durch die Magistrate der Polis, die auch wesentliche Teile der Verhandlungen mit den Göttern selbst wahrnehmen.¹⁵ Diese in der »Stadt« entwickelten Gesichtspunkte¹⁶ finden sich in kürzerer, stärker von der historischen Entwicklung abstrahierender Form auch in verstreuten Bemerkungen im älteren Teil der Herrschaftssoziologie von »Wirtschaft und Gesellschaft«.

⁹ *MWG I/22–5*, S. 173.

¹⁰ *MWG I/22–5*, S. 174f.

¹¹ *MWG I/22–5*, S. 177.

¹² *MWG I/22–5*, S. 124.

¹³ *MWG I/22–5*, S. 189.

¹⁴ *MWG I/22–5*, S. 189f.

¹⁵ *MWG I/22–5*, S. 184f.

¹⁶ Verschiedene Aspekte finden sich auch schon in früheren Arbeiten Webers, namentlich in den »Agrarverhältnissen im Altertum«; vgl. die Hinweise *MWG I/22–5*, S. 2ff.

Die Geschlechterherrschaft wurde modifiziert oder ganz gebrochen, weil breitere Schichten der Bürger, die – als sich selbst ausrüstende Hopliten – für die militärische Leistungsfähigkeit der Polis unverzichtbar waren, einen Anspruch auf größere politische Partizipation erhoben. Im Regelfall führte diese »demokratische Bewegung der nichtadligen Bürger gegen die Geschlechter«¹⁷ zu einer »Gleichstellung« aller Bürger, die jedoch »durch Abstufung des Stimmrechts und der Amtsfähigkeit, anfänglich nach Grundrenten und Wehrfähigkeit, später nach Vermögen, durchbrochen« wurde.¹⁸ Selbst wenn alle über gleiches Stimmrecht in der Volksversammlung verfügten, konnte doch nur die vermögende Elite der Nicht-Adligen neben den alten Geschlechtern den Zugang zu Rat und Ämtern finden, sei es, weil die Berechtigung dazu formal an einen Zensus geknüpft wurde, sei es, weil die Masse der Bürger für die Übernahme solcher Funktionen ökonomisch nicht abkömmlich war. Es handelt sich laut Weber um eine »Demokratie äußerlich ähnlicher Art, wie sie auch in zahlreichen italienischen Kommunen auftrat«.¹⁹

Aber nur im Ausnahmefall wurde in der Antike diese Entwicklung in ähnlicher Weise wie beim italienischen *popolo* durchgesetzt, indem ein Sonderverband gebildet wurde, an dessen Spitze eigene Magistrate standen, die einen Anspruch auf Kassation der Amtshandlungen der Magistrate der Gesamtgemeinde erhoben. Der auffälligste Fall liegt bei der Formierung der römischen Plebs und der Etablierung der Volkstribune vor.²⁰ Deren Anspruch, die Handlungen der Magistrate verhindern bzw. aufheben zu können, war zunächst nur gestützt auf den Schwur der Plebs, daß ihre Tribune sakrosankt seien, was nichts anderes als die Androhung der Lynchjustiz gegen jeden war, der einen Tribunen angreifen sollte. Den Tribunen fehlte insofern legitime Amtsgewalt; alles, was sie an Verbesserung der materiellen Lage, der rechtlichen Stellung und politischen Beteiligung der Plebejer durchsetzten, ging letztlich auf ihr usurpiertes Interzessionsrecht gegen die regulären Magistrate zurück.²¹ Mit der Beilegung der Ständekämpfe wurden die Tribune als fast reguläre Magistrate in das Gesamtgefüge der Magistratur integriert, wenn auch eine Sonderstellung erhalten blieb, die unter Umständen wieder zu eigenständigen politischen Aktivitäten führen konnte.²² Insgesamt führte der Ständekampf zu einer Erweiterung des Kreises der Honoratioren um die Elite der Plebejer. Die Stellung des Senats als solchem, stellt Weber fest, wurde da-

¹⁷ MWG I/22–5, S. 214.

¹⁸ MWG I/22–5, S. 215.

¹⁹ MWG I/22–5, S. 215.

²⁰ WuG⁵, S. 159, werden die Beispiele des mittelalterlichen *capitano del popolo*, der römischen Tribunen und der spartanischen Ephoren noch um dasjenige der Arbeiter- und Soldatenräte von 1918/1919 ergänzt.

²¹ MWG I/22–5, S. 209f.

²² MWG I/22–5, S. 211.

durch jedoch nicht angetastet; er blieb »die leitende Behörde der Stadt, und es ist nie der Versuch gemacht worden, daran etwas zu ändern.«²³

In der griechischen Geschichte findet sich eine partiell vergleichbare Entwicklung nur in Sparta, wo die Ephoren (ähnlich wie die römischen Volkstribune) ursprünglich als Interessenvertreter des Demos auftraten und später als reguläre Jahresbeamte integriert wurden. Die Besonderheit der Entwicklung in Sparta lag wiederum darin, daß hier das Königtum (in der eigenartigen Form des Doppelkönigtums) als militärisches Führeramnt erhalten geblieben war, während als Ergebnis der Ständeauseinandersetzungen der ursprüngliche Adel ganz verschwunden war,²⁴ so daß die Verfassung Spartas in klassischer Zeit durch einen Kompromiß zwischen den Kompetenzen der Könige einerseits, der Ephoren als Vertreter der Gesamtgemeinde andererseits gekennzeichnet war.²⁵

In Athen wiederum läßt sich das Phänomen der Bildung eines Sonderverbands, der dann später integriert wurde, nicht feststellen; hier aber führte die militärische Bedeutung der mittleren und unteren Bürger, namentlich seitdem die athenische Machtentfaltung auf der von den eigenen Bürgern bemanneten Flotte beruhte, zu einer weitergehenden Demokratisierung, die »der Masse der Kleingewerbetreibenden, Kleinhändler und Minderbesitzer [...] im Ergebnis [...] die Macht in die Hände« legte.²⁶ Ermöglicht wurde dies im Laufe des 5. Jahrhunderts v. Chr. durch die Herabsetzung bzw. faktische Außerkraftsetzung des Ämterzensus, durch die Begrenzung der Ämter auf ein Jahr bei Verbot der Wiederwahl, die Einrichtung einer Vielzahl von Ämtern mit eng definierten Aufgaben, die jeweils von größeren Kollegien wahrgenommen wurden, die Bestellung von Rat und Ämtern per Los, die Reduzierung des gelosten Rates (nach der politischen Entmachtung des aus den ehemaligen Oberbeamten zusammengesetzten Rates auf dem Areopag) auf die Funktion eines »einfachen geschäftsführenden Ausschusses« der Volksversammlung, so daß die Volksversammlung für alle wichtigen Fragen das tatsächlich, nicht nur formell, entscheidende Gremium wurde; hinzu kam schließlich, daß die Abkömmlichkeit auch der kleinen Bürger für die Wahrnehmung von Magistraturen und Ratsmitgliedschaft durch die Zahlung von Tagegeldern ermöglicht wurde.²⁷ Es blieben nur noch wenige Funktionen übrig, die die Arbeitskraft voll in Anspruch nahmen, somit nicht als Gelegenheitsamt auszuüben waren, namentlich die hohen Finanz- und Militärämter, für die deshalb weiterhin nur Honoratioren in Frage kamen.²⁸

²³ *MWG I/22–5*, S. 268.

²⁴ *MWG I/22–5*, S. 181, 272.

²⁵ *MWG I/22–5*, S. 212–214.

²⁶ *MWG I/22–5*, S. 215f.

²⁷ *MWG I/22–5*, S. 215f., 219f., 268, 295.

²⁸ *MWG I/22–5*, S. 219.

Athen und Rom hätten sich als höchst unterschiedliche Ausprägungen der jeweils gegebenen Mischung zwischen einer Selbstverwaltung, an der potentiell alle Bürger beteiligt waren, und der Überlassung von Amts- und Führungsfunktionen an Honoratioren darstellen lassen. Dieser Gesichtspunkt kommt in der »Stadt« durchaus vor. Weber thematisiert ihn aber besonders im Hinblick auf die Fähigkeit, eine Expansionspolitik in eine stabile Reichsbildung zu überführen. Im athenischen Fall scheiterte dies aus seiner Sicht notwendig an einem Demos, der an der Exklusivität seines Bürgerstatus samt den damit verbundenen materiellen Gratifikationen (Landzuteilungen, Getreideversorgung, Tagegeldern, Sold) interessiert war, insofern seine Bundesgenossen nur militärisch beherrschte, sie aber nicht in einen umfassenden Bundesstaat mit einem einheitlichen Bürgerrecht einzugliedern vermochte.²⁹

Rom war deshalb so viel erfolgreicher, weil hier »in ungleich stärkerem Maße als in irgendeiner antiken Polis eine Honoratiorenschicht stark feudalen Gepräges Träger der Herrschaft geblieben« war.³⁰ Das »feudale« Element lag in der Kontinuität von Klientelverhältnissen, die der römischen Aristokratie nicht nur erlaubten, das Bürgerrecht im Inneren offenzuhalten, u.a. Freigelassene zu integrieren,³¹ sondern auch im Zuge der Expansion eine Herrschaft mit geringem Aufwand an Personal und Ressourcen auszuüben: »Der siegreiche Feldherr nahm verbündete Städte und Länder in persönlichen Schutz, und diese Patronage blieb in seinem Geschlecht: so hatten die Claudier Sparta und Pergamon, andere Familien andere Städte in Klientel, empfingen ihre Gesandten und vertraten im Senat deren Wünsche. Nirgends in der Welt ist eine derartige politische Patronage in den Händen einzelner, formell rein privater Familien vereinigt gewesen«.³² Webers Sympathie für das aristokratische Regime Roms im Vergleich zur Herrschaft des Demos in Athen ist unverkennbar: »Es trat im römischen politischen Leben die Bedeutung der Rede und des Verkehrs auf der Agora und in der Ekklesia [...] weit zurück [...]. Reden wurden erst später und dann wesentlich im Senat gehalten und hatten demgemäß einen ganz anderen Charakter als die politische Redekunst des attischen Demagogen. Tradition und Erfahrung der Alten, der gewesenen Beamten vor allem, bestimmte die Politik. [...] Rationale Erwägung, nicht aber die durch Reden angeregte Beutelust des Demos [...] gab in der Politik den Ausschlag. Rom blieb unter der Leitung der Erfahrung, Erwägung und der feudalen Macht der Honoratiorenschicht«.³³

²⁹ *MWG I/22–5*, S. 289–292.

³⁰ *MWG I/22–5*, S. 293.

³¹ *MWG I/22–5*, S. 215, 280–282.

³² *MWG I/22–5*, S. 294. – Zu den historischen Beispielen vgl. die Erläuterungen ebd., Anm. 275. – *WuG*⁵, S. 560f., wird die Expansionsfähigkeit von Staaten mit Honoratiorenherrschaft auch an den Beispielen von Venedig und England erläutert.

³³ *MWG I/22–5*, S. 298f.

Die Veränderungen der römischen Ordnung durch die Entstehung des Principats werden in Webers – augenscheinlich unvollendetem – Text³⁴ nicht (mehr) thematisiert.³⁵

Diese Gegenüberstellung macht deutlich, daß sich Webers Kritik an der athenischen Demokratie – außer auf die angeblich fehlende Freiheit der Lebensführung, die Unterordnung aller individueller Interessen unter diejenigen der »Kriegerzunft«, die Orientierung der Bürger an politisch-militärisch vermittelten statt an friedlichen Erwerbschancen –³⁶ auch auf das Zusammenspiel zwischen der Volksversammlung und dem Demagogen gründet. »Der eigentliche Leiter der Politik, den die voll durchgeführte Demokratie schuf: der Demagoge, war formal im perikleischen Athen regelmäßig der leitende Militärbeamte. Aber seine wirkliche Machtstellung beruhte nicht auf Gesetz oder Amt, sondern durchaus auf persönlichem Einfluß und Vertrauen des Demos. Sie war also nicht nur nicht legitim, sondern nicht einmal legal, obwohl die ganze Verfassung der Demokratie auf sein Vorhandensein ebenso zugeschnitten war wie etwa die moderne Verfassung Englands auf die Existenz des gleichfalls nicht kraft gesetzlicher Kompetenz regierenden Kabinetts.«³⁷ Webers Behandlung dieser Rolle des Demagogen folgt erkennbar Ausführungen bei Eduard Meyer, der die Bekleidung des Amtes eines Strategen als notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für die Rolle des Demagogen angesehen³⁸ und dessen zentrale Rolle für das athenische Verfassungssystem hervorgehoben hatte.³⁹ Auch die – stark übertreibende – Aussage Webers an anderer Stelle, ohne den Demagogen hätte in Athen die »Staatsmaschine kei-

³⁴ *Nippel*, Editorischer Bericht, *MWG I/22–5*, S. 45, Anm. 1. Der zitierte Satz bildet nunmehr den Schlußsatz der Abhandlung und erhält dadurch, wenn auch zufällig, besonderes Gewicht.

³⁵ Bemerkungen dazu finden sich nur *MWG I/22–5*, S. 211, 295f.

³⁶ Weber steht in diesen Punkten in einer bis auf das 18. Jahrhundert zurückgehenden Tradition der Kritik an der militärischen Ausrichtung der Polis und dem Fehlen individueller Rechte; vgl. *Wilfried Nippel*, Republik, Kleinstaat, Bürgergemeinde. Der antike Stadtstaat in der neuzeitlichen Theorie, in: Peter Blickle (Hg.), *Theorien kommunaler Ordnung in Europa*, München 1996, S. 225–247.

³⁷ *MWG I/22–5*, S. 219f.

³⁸ »Der seinem Wesen nach amtlose Demagoge, der thatsächliche Regent des Staats, gewinnt in der Strategie gewissermassen ein Nebenamt, das die unentbehrliche Ergänzung seiner Herrscherstellung bildet und das er bekleidet, so lange er sich in der Herrschaft zu behaupten vermag«; *Eduard Meyer*, Geschichte des Alterthums, Bd. 3, 1: Das Perserreich und die Griechen. I. Hälfte: Bis zu den Friedensschlüssen von 448 und 446 v. Chr., Stuttgart 1901, S. 347.

³⁹ *Meyer*, Geschichte des Altertums, Bd. 3, 1, S. 579, betont, »dass die attische Demokratie thatsächlich auf eine Institution zugeschnitten ist, von der die geschriebene Verfassung nichts weiss: auf die Leitung des Staats durch den vom Vertrauen des Volks auf unbegrenzte Zeit an seine Spitze berufenen Demagogen«.

nen Augenblick funktionieren« können,⁴⁰ geht wohl auf eine Formulierung bei Eduard Meyer zurück.⁴¹

Weber geht nicht nur davon aus, daß die Funktion des Volksführers gekoppelt ist an die Bekleidung des militärischen Führungsamtes, der Strategie, sondern nimmt auch an, daß von den jährlich zehn zu wählenden und beliebig wiederwählbaren Strategen jeweils einer eine formal herausgehobene Stellung gehabt hätte. Das wird zwar heute in der Forschung im Allgemeinen nicht mehr so gesehen,⁴² war aber eine in der Literatur des 19. Jahrhunderts verschiedentlich vertretene Position gewesen. Sie beruhte auf der Beobachtung, daß man im 5. Jahrhundert v. Chr., namentlich in der Zeit, in der Perikles immer wieder zum Strategen gewählt worden war (443–429 v. Chr.),⁴³ verschiedentlich von dem Prinzip abgegangen war, daß jede der zehn Phylen (der für die militärische Organisation maßgeblichen Untereinheiten der Bürgerschaft) einen Strategen zu stellen hatte, und stattdessen einer der Strategen aus der gesamten Bürgerschaft gewählt worden war.⁴⁴ Im älteren Teil der Herrschaftssoziologie von »Wirtschaft und Gesellschaft« behauptet Weber, dieser eine herausgehobene Strategie (konkret Perikles) sei gewählt worden, während die übrigen neun durch das Losverfahren bestellt worden seien.⁴⁵ Hierfür beruft er sich ausdrücklich auf eine »Hypothese« Eduard Meyers. Allem Anschein nach beruht dies auf einem Mißverständnis, da sich Meyer nur auf die Sonderregelung für die Wahl eines »Oberstrategen« ohne Berücksichtigung der Phylenzugehörigkeit bezieht, keinesfalls aber behauptet, die übrigen neun Strategen seien ausgelost worden.⁴⁶ (Daß Weber an dieser Stelle von einer charismatischen Komponente spricht, stelle ich zunächst zurück).

Trotz dieses Mißverständnisses im Detail sind Webers Feststellungen über die Führungsrolle eines Mannes wie Perikles, dessen herausragende Position auf dem Vertrauen des Volkes beruhte, grundsätzlich – auch noch aus heutiger Sicht – zutreffend. Es ist aber unverständlich, warum diese Stellung »nicht nur nicht legitim, sondern nicht einmal legal« gewesen sein soll, wie es in der oben zitierten Stelle aus der »Stadt« heißt. Die Verfassung war ganz auf die

⁴⁰ Max Weber, Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft, *WL*, S. 483.

⁴¹ »Der attische Staat ohne anerkannten Demagogen war nichts anderes als permanente Anarchie«; Meyer, *Geschichte des Altertums*, Bd. 3, 1, a.a.O., S. 582.

⁴² Vgl. v.a. Kenneth J. Dover, Dekatos autos, *Journal of Hellenic Studies* 80 (1960), S. 61–77.

⁴³ Plutarch, Perikles 16, 3.

⁴⁴ So u.a. bei Johann Gustav Droysen, Bemerkungen über die attischen Strategen, *Hermes* 9 (1874), S. 1–21; Karl Julius Beloch, Die attische Politik seit Perikles, Leipzig 1884, S. 274–288.

⁴⁵ WuG⁵, S. 665; auch in »Politik als Beruf«, *MWG I/17*, S. 191, ist vom »Oberstrategen« als dem »einzigsten Wahlamt« die Rede. – Ebenso schon, wenn auch vorsichtiger, in den »Agrarverhältnissen«: »In Athen wurden [...] alle Ämter (mit der zweifelhaften Ausnahme des Protostrategen) durch Los besetzt [...]«; *SW*, S. 125.

⁴⁶ Meyer, *Geschichte des Altertums*, Bd. 3, 1, a.a.O., S. 347.

uneingeschränkte materielle Entscheidungskompetenz der Volksversammlung ausgerichtet; wenn einer unter den zahlreichen Rednern und Antragstellern in der Volksversammlung ein besonderes Vertrauen genoß und damit die Chance besaß, für die von ihm vertretene Politik immer wieder die Mehrheit zu gewinnen, ist eigentlich nicht nachvollziehbar, was daran illegitim oder illegal gewesen sein soll, selbst hinsichtlich der von Weber nicht weiter thematisierten Konstellation der nachperikleischen Zeit, in der eine solche Rolle nicht mehr an die Bekleidung der Strategie gebunden sein mußte.⁴⁷ Der Vergleich mit der faktischen, jedoch nicht rechtlichen normierten Herausbildung des britischen Kabinetts aus dem Privy Council⁴⁸ kann Webers Argumentation schwerlich stützen. Auf einen möglichen Anhalt in der antiken Überlieferung geht er nicht ein. Man hätte nämlich einerseits auf zeitgenössische (in der Perikles-Biographie von Plutarch zitierte) Kritik an Perikles Bezug nehmen können, seine überragende Stellung komme einer Tyrannis gleich, oder andererseits auf die seit dem späten 5. Jahrhundert v. Chr. in der Verfassungstheorie reflektierte grundsätzliche Möglichkeit, daß sich ein Volksführer zu einer Alleinherrschaft aufschwingen könnte.⁴⁹ Einen Rückgriff auf diese Traditionen vermag ich hier jedoch nicht zu erkennen; insofern bleibt die Begründung für Webers sachlich höchst anfechtbare Bemerkung mysteriös.

In der »Stadt« deutet Weber zwar an, daß die Rolle des Demagogen in der athenischen Demokratie an seiner »politischen Redekunst« hängt,⁵⁰ spricht hier aber nicht von einer charismatischen Stellung. Dieser Bezug wird jedoch wiederholt in den anderen Ausführungen zur Herrschaftssoziologie (einschließlich der einschlägigen Passagen aus »Politik und Beruf«) hergestellt. Der Demagoge des athenischen Musters erscheint neben dem Propheten und dem Kriegshelden als Prototyp des charismatischen Herrschers, er ist ein spezifisches Produkt des okzidental Stadtstaates.⁵¹ Der antike Demagoge wird einmal mit einem parlamentarischen Parteiführer à la Gladstone assoziiert, dessen Stellung auch auf einer unmittelbaren Bindung an die Wählerschaft

⁴⁷ Kleon, den führenden Politiker nach Perikles, der in der antiken Tradition als Prototyp des unverantwortlich agierenden Demagogen im Gegensatz zu einem idealisierten Perikles dargestellt wird, erwähnt Weber in dem Sinne, daß sich bei wertneutraler Verwendung des Charisma-Begriffs kein grundsätzlicher Unterschied zu Perikles feststellen lasse; *WL*, S. 483; *MWG I/17*, S. 191; *WuG*⁵, S. 668.

⁴⁸ Für Nachweise zur Diskussion des 19. Jahrhunderts über die nicht rechtlich fixierte Form der Kabinettsregierung vgl. *MWG I/22–5*, S. 220, Anm. 76.

⁴⁹ *Herodot* 3, 82, 4. Das Motiv lebte weiter fort und bildete schließlich im 2. Jahrhundert v. Chr. eine der Grundlagen für die Vorstellung eines »Kreislaufs der Verfassungen« bei *Polybios* (6, 3–9). Auf diese Kreislauftheorie hat sich z. B. *Wilhelm Roscher*, *Politik: Geschichtliche Naturlehre der Monarchie, Aristokratie und Demokratie*, Stuttgart 1892, S. 588–714, für seine Konzeption des »Caesarismus« bezogen.

⁵⁰ *MWG I/22–5*, S. 298.

⁵¹ *MWG I/17*, S. 162; *WL*, S. 483.

beruht,⁵² zum anderen in einem Atemzug mit den caesaristischen Regimes von Napoleon I. und Napoleon III. genannt.⁵³ (Auffällig ist, daß Caesar, der historische Bezugspunkt der Caesarismustheorie des 19. Jahrhunderts, nicht genannt wird).⁵⁴ Der Demagoge taucht im jüngeren Teil der Herrschaftssoziologie von »Wirtschaft und Gesellschaft«⁵⁵ unter dem Stichwort »plebiszitäre Demokratie« auf: die dort gegebene Liste stellt ihn in eine Reihe unter anderem mit antiken Tyrannen, römischen Volkstribunen vom Typus der Gracchen, *capitani del popolo* in italienischen Städten, Cromwell, Robespierre und Napoleon.⁵⁶ Gemeinsam soll allen sein, daß ihre Herrschaft auf dem Glauben der Anhängerschaft an außerordentliche persönliche Qualitäten gründet, und die Legitimierung der Herrschaft, wenn überhaupt, »in der plebiszitären Anerkennung durch das souveräne Volk gesucht« wird.⁵⁷

Auch dies ist im Hinblick auf den athenischen Demagogen höchst befremdlich. Perikles kann man sicher mit Weber ein »Charisma von Geist und Rede«⁵⁸ als Grundlage seiner Führungsrolle attestieren, aber ob man in einer jährlich vorzunehmenden Wahl (selbst bei Webers sachlich falscher Annahme an dieser Stelle, daß die Wahl eine Ausnahmeregelung für die Bestellung allein des »Oberstrategen« sei) einen »charakteristischen charismatischen Einschlag«⁵⁹ sehen kann, ist höchst zweifelhaft. Denn für alle Anträge mußte der Volksführer in der Volksversammlung jeweils neu eine Mehrheit suchen; selbst wenn dies als Folge eines kontinuierlich gewachsenen Vertrauenskapitals von einem bestimmten Zeitpunkt an regelmäßig gelang, ist dies nicht als plebiszitäre Zustimmung zu einer persönlichen Herrschaft anzusehen. Perikles unterlag wie jeder andere der Kontrolle der Volksversammlung, konnte auch, wie zu Beginn des Peloponnesischen Krieges geschehen, kurzfristig seines Amtes als Stratege enthoben (und dann rasch wiedergewählt) werden.⁶⁰ Auch wenn man den sonstigen Katalog von Weber für das Entstehen und die Transformierung charismatischer Herrschaft heranzieht – die tiefgreifende Krise, die die Suche nach dem Retter bedingt, den Glauben der Anhänger an außeralltägliche, übernatürliche Fähigkeiten, die charismatische Rekrutierung des Verwaltungsstabes, die Probleme der Nachfolgerregelung bzw. generell der Veralltäglichung des Charisma –, paßt dies eigentlich alles nicht auf

⁵² *MWG* I/17, S. 209.

⁵³ *WuG*⁵, S. 665.

⁵⁴ Zur Vorstellung vom Caesarismus, auf die Weber rekurriert, vgl. Wilfried Nippel, *Charisma und Herrschaft*, in: ders. (Hg.), *Virtuosen der Macht. Herrschaft und Charisma von Perikles bis Mao*, München 2000, 7–23, 281–289, hier S. 12ff.

⁵⁵ *WuG*⁵, S. 156f.

⁵⁶ Eine ähnliche Liste liegt Roschers Caesarismus-Darstellung zugrunde, nur daß bei ihm – anders als bei Weber – auch Caesar und die römischen Kaiser eingeschlossen werden.

⁵⁷ *WuG*⁵, S. 156.

⁵⁸ *WuG*⁵, S. 665.

⁵⁹ *WuG*⁵, S. 665.

⁶⁰ *Thukydides* 2, 65, 3f.; *Plutarch*, Perikles 35, 4; 37, 1.

den athenischen Fall. Die Führungsrolle des Perikles läßt sich auf sein Charisma zurückführen, von einer charismatischen Herrschaft läßt sich jedoch nicht sinnvoll sprechen.⁶¹

In welche Aporien sich Weber verwickelt, zeigt sich auch daran, daß er die »plebiszitäre Führerdemokratie« scharf von der »führerlosen Demokratie« abgrenzt, »welche durch das Streben nach Minimisierung der Herrschaft des Menschen über den Menschen charakterisiert ist«.⁶² Im jüngeren Teil von »Wirtschaft und Gesellschaft« hat er diesen Typus unter der Kategorie »herrschaftsfremde Verbandsverwaltung« vorgestellt.⁶³ Die dort angeführten Kriterien finden sich sämtlich auch schon im älteren Teil unter der Überschrift: »Wesen und Grenzen demokratischer Verwaltung«.⁶⁴ Es handelt sich im wesentlichen um: drastische Reduktion von Herrschaft durch kurze Amtsfristen, jederzeitiges Abberufungsrecht, Turnus- oder Losprinzip zur Vermeidung der Akkumulation von Fach- und Dienstwissen; streng imperatives Mandat für die Amtsführung; Rechenschaftspflicht; Berichts- und Konsultationspflicht in Fällen, die von diesem Mandat nicht gedeckt sind; ad-hoc Ämter für Sonderaufgaben; Bestellung des Verwaltungsstabes durch Wahl in der Genossenversammlung; überwiegende Mündlichkeit der Verwaltung.

»Unmittelbare Demokratie« solle dies heißen, »solange die Genossenversammlung effektiv ist«.⁶⁵ Das Modell passe auf kleinere Verbände, z.B. Vereine, Zünfte, Universitäten, deren Mitglieder sich an einem Ort versammeln können, sich untereinander kennen und sich wechselseitig als Gleiche anerkennen. Nordamerikanische Townships und kleinere Schweizer Kantone stünden an der Grenze von Größenverhältnissen, unter denen dies möglich sei;⁶⁶ die attische Bürgerdemokratie habe sie jedoch weit überschritten.⁶⁷ Diese letztere Behauptung wird nicht weiter begründet. Sie ist auch höchst problematisch; auch wenn sich nicht alle Athener persönlich kennen konnten und niemals sämtlich zugleich versammelt haben, so kann doch andererseits kein Zweifel bestehen, daß sämtliche von Weber genannten Kriterien für herrschaftsfremde Verbandsverwaltung auf die athenische Demokratie exakt zutreffen und auch noch dann, wenn es eine überragende Führungsfigur à la Perikles gibt. Eine effektivere Genossenversammlung als die athenische *ekklesia* mit vierzig und mehr Versammlungen pro Jahr, in denen sämtliche politischen Entscheidungen nach vorheriger Diskussion materiell getroffen und

⁶¹ Vgl. Peter Spahn, Perikles – Charisma und Demokratie, in: Nippel (Hg.), *Virtuosen der Macht*, a.a.O., S. 23–38, 289–291.

⁶² *WuG*⁵, S. 157.

⁶³ *WuG*⁵, S. 169f.

⁶⁴ *WuG*⁵, S. 545f.

⁶⁵ *WuG*⁵, S. 170.

⁶⁶ Vgl. Weber, Deutschland unter den europäischen Weltmächten, *MWG I/15*, S. 191, und ders., Wahlrecht und Demokratie in Deutschland, *MWG I/15*, S. 393f.

⁶⁷ *WuG*⁵, S. 170.

von keinem anderen Gremium präjudiziert werden, und in der regelmäßig die Amtsführung der Magistrate überwacht und gegebenenfalls ihre Amtsenthebung (mit anschließendem Gerichtsverfahren) beschlossen werden konnte,⁶⁸ ist schwerlich vorstellbar.⁶⁹

Weber sagt weiter: »jede unmittelbare Demokratie neigt dazu, zur ›Honoratiorenverwaltung‹ überzugehen«,⁷⁰ also auf diejenigen, die über eine Abkömmlichkeit verfügen, die es ihnen erlaubt, für die Politik zu leben, ohne von ihr leben zu müssen. Das wirft aus althistorischer Sicht das Problem auf, daß die umgekehrte Entwicklung, nämlich die Ablösung oder Einschränkung eines Honoratiorenregimes durch Formen unmittelbarer Demokratie – was gerade ein Thema der »Stadt« gewesen war – im Kontext der Herrschaftssoziologie nicht thematisiert wird. Noch gravierender ist, daß Weber im Hinblick auf die athenische Demokratie ja nicht eine Tendenz zur Honoratiorenverwaltung herausarbeitet (wofür man gegebenenfalls, jedenfalls auf dem Forschungsstand seiner Zeit, für das 4. Jahrhundert v. Chr. Anhaltspunkte hätte bringen können), sondern sich allein auf die Entwicklung der Demagogenrolle konzentriert und gerade darin den scharfen Kontrast zu einem Honoratiorenregime wie in der Römischen Republik begründet sieht.

Eine eindeutige Erklärung für die hier angeführten Ungereimtheiten kann ich nicht bieten. Sicherlich läßt sich feststellen, daß Weber im Kontext seiner Herrschaftssoziologie dazu tendiert, die Unterschiede zwischen der »cäsaristischen Säbelherrschaft militärischer Parvenus«⁷¹ und der Stellung charismatisch begabter Volksführer sowohl in der antiken Demokratie wie im modernen Parlamentarismus weitgehend einzuebnen. Das folgt wohl aus seinem Verständnis, daß bei der Existenz eines charismatischen Führers in seiner Beziehung zum Volk auch dann eine stark herrschaftliche Komponente vorliegt, wenn seine Stellung durch freie Wahlen legitimiert ist; »denn nicht die politisch passive ›Masse‹ gebiert aus sich den Führer, sondern der politische Füh-

⁶⁸ *Aristoteles*, *Athenaion politeia* 43, 3f., 61, 2. – Eine entsprechende Frequenz ist auch für das 5. Jahrhundert v. Chr. anzunehmen.

⁶⁹ Im Vergleich zur Rolle der Propheten im Judentum wird bei Weber das athenische Entscheidungssystem deutlich positiver bewertet: »Die Gassen von Jerusalem und der Hain des Akademos waren sehr verschiedene Verkündigungsstätten, dem vornehmen Denker und politischen Pädagogen der gebildeten Jugend Athens [...] lag die wilde Demagogie der Propheten ganz fern, und die geordnete athenische Ekklesia mit ihrer rational geordneten Beratung wäre bei aller Deisidaimonie und emotionalen Erregbarkeit doch keine Stätte ekstatischer Orakel gewesen«; *RS III*, S. 335.

⁷⁰ *WuG*⁵, S. 170.

⁷¹ *Max Weber*, *Kapitalismus und Agrarverfassung*, *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 108 (1952), S. 431–452, hier 438. – Es handelt sich um eine von Hans Gerth vorgenommene Rückübersetzung eines von Weber 1904 in St. Louis auf Englisch gehaltenen Vortrags.

rer wirbt sich die Gefolgschaft und gewinnt durch ›Demagogie‹ die Masse«, ⁷² Weiter hängt dies mit Webers politischer Grundüberzeugung zusammen, daß auch in Demokratien große Entscheidungen nur von Einzelnen getroffen werden können; »dieser unvermeidliche Umstand bedingt es, daß die Massendemokratie ihre positiven Erfolge seit den Zeiten des Perikles stets erkaufte durch starke Konzessionen an das cäsaristische Prinzip der Führerauslese«. ⁷³

Weber hat seinen imponierenden Vorrat an historischen Beispielen in diversen universalhistorischen Zusammenhängen mit jeweils wechselnden Vergleichsperspektiven eingesetzt; daß dies notwendig mit Zuspitzungen und Verkürzungen zugleich verbunden gewesen war, versteht sich von selbst. Seine Behandlung der Antike in der »Stadt« (und den vorausgehenden »Agrarverhältnissen«) entfaltet ihre Überzeugungskraft aus der Fragestellung nach den historischen Bedingungen der okzidentalen Entwicklung; die Übernahme antiker Beispiele in eine universal anwendbare Typologie von Herrschaftsformen, die bewußt von einer chronologischen Perspektive Abstand nimmt, erscheint als weniger geglückt. Ob sich dieser Befund auch für seinen sonstigen Umgang mit historischen Materialien in seiner Herrschaftssoziologie verallgemeinern läßt, sei dahingestellt. An der heuristischen Fruchtbarkeit seiner Kategorien ändert dies jedenfalls nicht, solange man seine Idealtypen nicht reifiziert. ⁷⁴

⁷² Max Weber, Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland, *MWG I/15*, S. 547.

⁷³ *MWG I/15*, S. 540.

⁷⁴ Dieser Gefahr entgeht leider nicht die Arbeit von *Christoph R. Hatscher*, Charisma und Res Publica. Max Webers Herrschaftssoziologie und die Römische Republik, Stuttgart 2000.